

Berlin, 21. Juli 2022

Pressemitteilung

Präsidentin Lagarde wird zur Belastung für die EZB

„Mit der Entscheidung des EZB-Rats vom 21. Juli 2022 setzt sich die Erosion der Glaubwürdigkeit der EZB dynamisch fort. Die EZB steht vor einem Scherbenhaufen. Sie hat jahrelang die Inflation unterschätzt und durch immer neue Anleihenkaufprogramme die Geldmenge und damit das Inflationspotential vervielfacht“, so Prof. Markus C. Kerber, Verfahrensbevollmächtigter der EuropolIS-Klägergruppe in dem Verfassungsbeschwerdeverfahren gegen das PEPP sowie gegen die Kollaterallockerungen der EZB. „Heute sitzt sie in der Falle und scheint die Refinanzierungsängste der Hochschuldenstaaten (Italien, Spanien, Frankreich, Griechenland) für wichtiger zu halten als die Stabilität und den Außenwert des Euros. Die Quittung der Devisenmärkte ist bereits da. Der Euro ist dabei, zur Weichwährung zu werden.“

Dennoch vermag sich die von Südländern dominierte EZB nicht dazu durchzuringen, einen wirklich mutigen Zinsschritt zu wagen. Mehr noch: Sie verspricht den Hochschuldenländern, ihnen durch zusätzliche Geldmengenvermehrung in Form eines „Antifragmentierungs-Instruments“ unter die Arme zu greifen, wenn die Zinsspreizungen ein bestimmtes Ausmaß überschreiten. Damit tut die EZB genau das Gegenteil von dem, was die EZB-Präsidentin noch am 12. März 2020 deklariert hatte: „Es ist nicht unsere Aufgabe, die spreads zu eliminieren. Dies ist nicht die Aufgabe und nicht die Mission der EZB.“

Waren schon in der Vergangenheit Zweifel an der fachlichen Kompetenz von Madame Lagarde nicht von der Hand zu weisen, so ist die Pressekonferenz vom 21. Juli 2022 der letzte Beweis ihrer Überforderung sowie der Inkonsistenz der EZB-Politik. Personalwechsel an der Spitze der EZB tut daher not.